

## **OFFENER BRIEF // 26.10.2018**

### **Keine bürgerrechtsfreie Zone in der Eisenbahnstraße**

Mit Empörung mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass die Sächsische Staatsregierung mit Unterstützung der Stadt Leipzig trotz der Bedenken vieler zivilgesellschaftlicher Akteure vor Ort ab dem 05.11.2018 eine sogenannte „Waffenverbotszone“ in der Eisenbahnstraße einrichten wird. Als Teil einer politischen Stimmungskampagne in Vorbereitung auf den sächsischen Landtagswahlkampf 2019 baut sie auf einer jahrelangen Stigmatisierung des Viertels durch Medien und Polizei auf. Mit dem Leipziger Osten soll die „Waffenverbotszone“ in einem der wenigen Stadtgebiete in Sachsen errichtet werden, in dem viele verschiedene Kulturen und Religionen respektvoll und friedlich miteinander zusammenleben. Sie löst die tatsächlichen Problemlagen der Viertel nicht, sondern wird sie vielmehr verschärfen. **Wir lehnen die „Waffenverbotszone“ aus folgenden Gründen ab:**

**(1)** Das geltende Waffenrecht verbietet schon jetzt das Mitführen einsatzbereiter Waffen. Um also überhaupt zu erweiterten polizeilichen Eingriffsrechten zu gelangen, dürfen in Zukunft auf der Eisenbahnstraße auch all jene Gegenstände nicht mehr mitgeführt werden, die die ‚Abwehr- und Verteidigungsfähigkeiten einer Person‘ herabsetzen. Was das konkret bedeutet, obliegt dann den eingesetzten Beamtinnen und Beamten. Der Begriff „Waffenverbotszone“ ist deshalb irreführend.

**(2)** Indem mit der neuen Verordnung die Möglichkeiten verdachtsunabhängiger Kontrollen auf ein Maximum erhöht werden, werden die Grundrechte auf freien Verkehr, Unversehrtheit und Privatsphäre ausgehebelt und die Unschuldsumkehr umgekehrt. Alle Anwohner/-innen und Gäste der Eisenbahnstraße werden so zu Bürgern 2. Klasse degradiert und pauschal kriminalisiert. Außerdem ist zu erwarten, dass durch den großen Definitionsspielraum das zu erwartende Rastern und Profilen bei polizeilichen Maßnahmen gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes verstößt. Das nehmen wir nicht hin!

**(3)** Die neue „Zone“ wird auch territorial mit Verkehrshinweisen im öffentlichen Raum und Nahverkehr markiert. Dadurch wird ein spezifischer Stadtraum eingegrenzt und stigmatisiert mit sowohl psychologischen als auch ökonomischen Negativfolgen. Damit werden die jahrelangen, mittlerweile fruchtenden Bemühungen um eine positive Stadtentwicklung entwertet. Insbesondere für die soziokulturelle Arbeit vieler gemeinnütziger Träger, aber auch kleiner Unternehmen der Gastronomie und des Einzelhandels entlang der Eisenbahnstraße ist die Einrichtung der „Waffenverbotszone“ ein Schlag ins Gesicht.

**(4)** Mit den anstehenden Maßnahmen wird kein sachlicher Fortschritt bei der Sicherheit, gegen die Bandenkriminalität, illegale Wettgeschäfte oder Drogenhandel erzielt, weil für die Kontrollen kasernierte Bereitschaftspolizei eingesetzt werden soll, die weder über Ortskenntnis, Bürgernähe noch das nötige Fingerspitzengefühl verfügt. Wir sind überzeugt, dass mit der „Waffenverbotszone“ die Sicherheitssituation insgesamt nicht verbessert wird, sondern lediglich durch punktuelle Verdrängung die Symptome behandelt werden.

**Wir fordern** anstelle der Waffenverbotszone **ein wirkungsvolles Gesamtkonzept**, das der Einwohnerschaft des Viertels mit Respekt begegnet und an den Ursachen ansetzt. Dazu gehört zum einen eine Polizei, die sich nicht wie bisher im Polizeiposten versteckt oder das Viertel im Streifenauto durchfährt, sondern im Quartier verwurzelt ist und vertrauensvoll mit den hier lebenden Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeitet. Zum anderen brauchen wir wirksame Präventionsangebote: soziokulturelle Angebote, verstärkte Jugendhilfe, insbesondere für gefährdete Kinder und Jugendliche, und eine Drogenhilfe, die Betroffenen hilft, statt sie zu kriminalisieren. Sicherheit wächst nur aus Zusammenarbeit und gegenseitigem Respekt vor Ort.

Erst-Unterzeichner/-innen des Offenen Briefes:

<b>Ost-Passage Theater e.V.</b>	Marlene Wald
<b>Pöge-Haus e.V.</b>	Daniel Grunewald
<b>Fortuna, Kino der Jugend e.V.</b>	Felix Almes
<b>Helden wider Willen e.V.</b>	Maik Dankert
<b>OFT „Tante Hedwig“</b>	Marina Erler
<b>SchönerHausen GmbH</b>	Daniel Maier
<b>Reudnetz e.V.</b>	Sophia Ollmer
<b>Stadtteilladen Wasserschaden e.V.</b>	Laura Mekky
<b>Kollektivhaus Wurze</b>	Fard Gralal
<b>Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf.e.V.</b>	Alex Fischer
<b>Café Analog</b>	Natalia Svalina
<b>Café MALA GmbH</b>	Inger Witzenhausen
<b>Element Ost Yoga</b>	T. Bähringer
<b>Querbeet Leipzig e.V.</b>	Marco Gene
<b>Peter K.</b>	Lennert Witzer
<b>Projektwohnung "krudebude" e.V.</b>	Stefan Lange
<b>Orientainment e.V.</b>	Elke Wandel
<b>Migrantenbeirat der Stadt Leipzig</b>	Tobias Peter
	Florian Ferger
Franz Sodann	Alexandra Urbach
Juliane Nagel	Maya Schellner
Jürgen Kasek	Max Günzel
Luise Reichel	Janek Zech
Sophie Dohmen	Jana Reinhardt
Johanna Martens	Michele Garitz
Daniel Schade	Stephan Mitsch
Thomas Kornicz	Sarina Friederike Scheidle
Aaron Herr	Valentin Endruß
Til Rob	Vanja Vrones
Tizian Optenberg	Michael Roßner
Verena Zucker	Kim Rösler

...